

Murten, 27. Januar 2025
Pressemitteilung

PAROLENFASSUNG DER FDP SEE FÜR DIE EIDGENÖSSISCHEN UND KANTONALEN ABSTIMMUNGEN VOM 9. FEBRUAR 2025

Die FDP.Die Liberalen Seebezirk hat anlässlich von mehreren Diskussionen ihre Parolen für die kommenden Abstimmungen festgelegt. Sie unterstützt dabei die Stossrichtung der FDP Freiburg und der FDP Schweiz.

Nein zur Umweltverantwortungsinitiative

Am 9. Februar 2025 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» ab. Die Initiative mag ein lobenswertes Ziel haben, die Umsetzung hingegen birgt erhebliche Risiken.

Die Initiative zielt darauf ab, dass von der Schweizer Wirtschaft in Zukunft nur noch so viele Ressourcen genutzt werden dürfen, wie von der Natur erneuert werden können. Dies bedeutet eine Reduktion des ökologischen Fussabdrucks um über 70% innerhalb von zehn Jahren. Diese Forderung wird die Schweiz in ihrer Entwicklung erheblich zurückwerfen und die damit verbundenen Einschränkungen gefährden nicht nur Wohlstand sondern auch den gut funktionierenden Arbeitsmarkt mit seiner sozialen Absicherung.

Die vorprogrammierte Rechtsunsicherheit durch vage definierte Begriffe wie «planetare Grenzen» werden unweigerlich zu Interpretationen und langwierigen juristischen Streitereien führen. Die Schweizer KMU mit solchen komplexen Anforderungen zu belasten gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit, was insbesondere im internationalen Markt verheerende Folgen haben kann.

Der eigentliche Hintergrund der Initiative ist ein erneuter Versuch, ideologisch geprägte Wirtschaftsmodelle wie öko-sozialistische Strukturen in der Schweiz zu etablieren. Diesem Vorhaben ist entschieden entgegenzutreten und im Gegenzug den technologischen Fortschritt in den Vordergrund zu stellen, der eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Entwicklung darstellt. Die Schweiz hat bereits bewiesen, dass wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenschonung Hand in Hand gehen können.

Viele Schweizer Unternehmen kennen bereits hohe Umweltstandards und nutzen diese auch zu ihrem Wettbewerbsvorteil. Hier würde die Initiative statt Innovationen anzutreiben, diese durch übermässige Regulierung im Keime ersticken.

Um diese schwerwiegenden Folgen zu vermeiden, ist am 9. Februar 2025 ein klares Nein zur Umweltverantwortungsinitiative erforderlich. Nachhaltige Umweltpolitik, die mit wirtschaftlicher Stabilität vereinbar ist, bleibt der sinnvollere und effektivere Weg.

JA zum Kredit für Kulturgüter mit klarem Auftrag zur Kostenreduktion

Kulturgüter schützen – aber nicht um jeden Preis, zu diesem Schluss kommt die FDP See nach Analyse der Abstimmungsunterlagen.

Der Schutz unseres kulturellen Erbes ist wichtig, doch dieser muss mit einem verantwortungsvollen Umgang der öffentlichen Gelder einhergehen. Ein zentralisiertes Lager für die Kulturgüter des Kantons Freiburg kann dazu beitragen, wertvolle Bestände effizient und langfristig zu sichern. Als FDP See stehen wir hinter diesem Ziel, fordern jedoch eine klare Kostenkontrolle.

Projekte dieser Art müssen so geplant werden, dass sie wirtschaftlich tragbar bleiben. Kostenüberschreitungen, wie sie leider bei öffentlichen Bauprojekten häufig vorkommen, wären inakzeptabel. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel ist es unerlässlich, dass der Finanzrahmen strikt eingehalten wird. Die Steuerzahlenden dürfen nicht durch mangelnde Planung oder Kontrollmechanismen zusätzlich belastet werden.

Die FDP See wird diese Entwicklungen hin zu Effizienzsteigerung und Kostensenkung genau beobachten. Wir setzen uns für innovative und nachhaltige Lösungen ein, die den Schutz von Kulturgütern mit einer soliden Finanzplanung verbinden. Sinnvolle Projekte unterstützen wir, aber nur, wenn sie einen echten Mehrwert schaffen und die Budgetgrenzen strikt eingehalten werden.

Der Neubau bietet zudem die Chance zur Sichtung aller Stücke. Es sollte eine Überprüfung stattfinden welche gewährt, dass nur die wirklich wichtigen Kulturgüter ins neue Lager umziehen. Qualität vor Quantität, sollte die oberste Prämisse sein. Der Betrieb wird mit neuen Mitarbeitern optimiert und professionalisiert. Damit fällt weniger Arbeitsaufwand in denjenigen kantonalen Ämtern an, welche vom Neubau profitieren. Dort sollte daher der Stellenetat nach dem Bau sinken. Die FDP wird diese Entwicklung hin zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung genau beobachten.

Kontakt:

Markus Ith, Gemeinderat, Leiter Politik FDP See, +41 79 669 96 37
